

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

46 (24.2.1927)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Aufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährl. 1.15 M mit 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Sonntags 15 S. — Anzeigen: die einsp. Kolonelle 28 S, Restame 1 M. Annahmestunde 8 Uhr vorm. Postfach, Karlsruhe 2650. Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich: Hermann Kadel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Granaten und Politif

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Die Mittwochssitzung des Auswärtigen Ausschusses, die sich mit den deutsch-russischen Beziehungen beschäftigt hat, und in der, wie alle Welt im voraus wusste, die russischen Granatenlieferungen an Deutschland zur Sprache gekommen sind, war vertraulich. Wir sind daher nicht in der Lage, über den Verlauf der Verhandlungen im Einzelnen etwas zu sagen. Aber das können wir wohl feststellen, daß die Kommunisten es nicht mehr wagen werden, unsere Behauptung, daß bis in die letzten Jahre hinein in Rußland hergestellte Granaten nach Deutschland gelangt und in deutschen Häfen ausgeladen worden sind, als Schwindel zu bezeichnen. Sollten sie wirklich die Stirn besitzen, wie bisher auch noch jetzt wider besseres Wissen, ihre Ablehnungsmethode fortzusetzen, so werden wir nicht umhin können, das Thema, das am Mittwoch hinter verschlossenen Türen erörtert worden ist, im Plenum des Reichstags zur Sprache zu bringen.

Die sozialdemokratischen Vertreter haben im Ausschuß gegen den kommunistischen Antrag auf Herstellung der Öffentlichkeit nicht nur deshalb gestimmt, weil sie befürchten mußten, daß im Falle der Annahme, die Regierung überhaupt keine Erklärung abgeben werde, sondern auch weil sie den Rückblicken Rechnung trugen, die die diplomatischen Beziehungen zu Rußland den Mitgliedern der deutschen Regierung auferlegen. Wir werden diese Zurückhaltung auch weiter beobachten, solange man auf der anderen Seite darauf verzichtet, die Wahrheit zu enthüllen. Die Affäre kann in jeder Beziehung als abgeschlossen gelten. Unsere Schuld wird es nicht sein, wenn sie auf Reue in die öffentliche Diskussion gezogen werden sollte.

Kann hat man in der letzten Zeit versucht, die Beweggründe unseres Vorgehens zu diskreditieren und das verlangt ein paar Worte der Abwehr. Die Kommunisten haben es so dargestellt, als ob unsere Veröffentlichungen über die Sowjetgranaten den Zweck gehabt hätten, die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland zu stören, oder gar den britischen Imperialismus, der nach kommunistischen Behauptungen Sicherheit und Bestand der Sowjetregierung bedroht, zu untergraben. Das ist eine Darstellung, deren Unwahrscheinlichkeit den Kommunisten ebenjotig bekannt ist, wie uns. Die wahren Motive unseres Vorgehens liegen auf ganz anderen Gebieten.

Es ist uns zunächst darum zu tun, festzustellen, daß für die russische Munition Beträge aufgewendet waren, die kein Etat aufzuweisen hatte. Eine Zustimmung zu ihrer Veräußerung ist durch die parlamentarische Instanz nicht erfolgt. Das Budgetrecht des Reichstags wird verletzt und es wäre für uns unendlich gewesen, eine solche Verletzung des Parlaments stillschweigend zu dulden.

Es ging uns des weiteren darum, daß die Kommunisten, die die Reichswehr in der schärfsten Weise angreifen, und sie zum guten Teil mit Recht als eine antirepublikanische und arbeitgeberfeindliche Institution hinfesteln, nichts dagegen einzuwenden haben, daß sie von dem ihnen so nahe stehenden Rußland mit Kriegsmaterial versorgt wird, das unter Umständen gegen das deutsche Proletariat Verwendung finden kann. Endlich aber — und das ist das Wichtigste: Wir sind dagegen aufgetreten, daß die großen Linien der deutschen Politik durch die von dem Parlament eingehaltenen Abmachungen mit Rußland in Verwirrung gebracht werden. Man mag den Wert dieser Abkommen beurteilen, wie man will, sie müssen, nachdem ihr Vorhandensein einmal über den Kreis der unmittelbar Beteiligten und Eingeweihten hinaus, bekannt geworden war, das stärkste Mißtrauen der anderen Staaten erzeugen, mit denen wir in Vertragsbeziehungen stehen und deren Vertrauen in die Ehrlichkeit der deutschen Diplomatie Voraussetzung für die noch zu lösenden Probleme bildet.

Wir Sozialdemokraten haben es wahrhaftig nicht nötig, uns gegen den kindlichen Vorwurf zu verteidigen, als könne mit unserer Zustimmung Deutschland in eine Kombination hineinmanöviert werden, die sich den Kampf gegen Rußland oder auch nur gegen seine derzeitige Staatsform zum Ziele setzt. Wir sind die ersten gewesen, die für die Anknüpfung normaler Beziehungen zum Sowjetstaat eingetreten sind und wir halten die unbedingte Notwendigkeit eines guten und freundschaftlichen Verhältnisses nach wie vor für gegeben, doch dieses Verhältnis soll um eine in den letzten Tagen geprägte Charakterisierung zu gebrauchen „klar und geordnet“ sein. Klar und geordnet ist es aber nicht, wenn neben den bekannt gewordenen Vertragsabmachungen einherlaufen, von denen nicht einmal alle Regierungsmitglieder rechtzeitig in Kenntnis gesetzt werden und wenn man im Zweifel darüber sein kann, ob das, was uns mit Rußland verbindet, nicht derjenigen Politif zuwiderläuft, die offiziell als diejenige der deutschen Regierung verlobt wird.

Grundätzlich werden wir uns wahrheitlich noch des öfteren über die Frage der größeren Zweckmäßigkeit einer Welt- oder Orientierung zu unterhalten haben. Wir werden uns jederzeit immer der falschen Auffassung entgegenstellen, als hätte uns Locarno und der Völkerbund an die Weststaaten gefesselt und als verhinderten sie uns an der Ausgestaltung unserer Beziehungen zu Rußland. Schon der deutsch-russische Vertrag vom April 1926 hat das Gegenteil bewiesen.

Wir werden des weiteren aber auch der gerade in der letzten Zeit wieder aufgetauchten Forderung entgegenstellen, daß Deutschland umso engeren Anschluß an Rußland suchen müsse, je mehr sich die Lage in Westeuropa versteife. Wenn dabei verjährt wird, uns glauben zu machen, wir hätten von Frankreich immer dann am meisten erreicht, wenn unsere Freundschaft mit Rußland am stärksten gewesen sei, so brauchen wir nur auf die Besetzung des Ruhrgebietes hinzuweisen, die nicht mehr sehr lange nach Abschluß jener Abkommen erfolgt ist, die jetzt Gegenstand der Debatte gewesen sind. Wir fürchten gerade im Gegenteil, daß die Ausfichten auf eine für Deutschland günstige Verständigung mit Frankreich deshalb verringert worden sind, weil jetzt in der Regierung Leute sitzen, denen man in Paris mit Recht oder Unrecht zutraut, sie streben, um sich gegen Polen stark zu machen, eine weitgehende Freundschaft mit Rußland an. Der in Moskau so lebhaft begrüßte Abbruch der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen hat sicher nicht dazu beigetragen, dieses Mißtrauen, das die Befreiung der Rheinlande aufs neue in die Ferne rückt, zu bejähigen.

Was uns not tut, ist eine einfache und offene Politif. Wir haben Locarno, wir haben die Schiedsgerichtsverträge, wir haben den Völkerbund und wir haben den Vertrag mit Rußland. Auf dieser Basis ist weiter zu arbeiten und jede Komplizierung der Situation durch geheime Abmachungen, durch versteckte Zuständigkeiten, durch Verprechungen, durch halbe oder ganze militärische Bindungen könnten für unsere Zukunft verhängnisvoll werden.

Berlin, 24. Febr. (Funtdienst.) Auch in der „Täglichsten Rundschau“ werden heute die Lieferungen von Sowjetgranaten an die deutsche Reichswehr bestritten. Das Blatt verweist gleichzeitig darauf, daß die Kontrollkommissionen die Abnahme dieser Sowjetgranaten nicht beanstanden haben und sich infolgedessen nicht transparenz ansehenspolitische Folgerungen aus der ganzen Situation ebenfalls nicht erheben dürften.

Berlin, 23. Febr. (Eia. Draht.) Der offizielle Bericht über die Mittwochssitzung des Auswärtigen Ausschusses ist so inhaltlos, daß sich eine Wiederholung erübrigt. Aus der Berliner Abendpresse vom Mittwoch ergibt sich jedoch, daß nunmehr „alle illegalen Verbindungen mit Rußland liquidiert sind“. Voraussetzung einer derartigen Liquidierung ist selbstverständlich, daß derartige Verbindungen bekannt sind. Sie sind in der Lieferungen von Sowjetgranaten an die deutsche Reichswehr zu suchen.

waren drei Personen, die unerlaubte Beziehungen zu dem polnischen Nachrichtenbüro in Danzig unterhalten hatten. Es wurden verurteilt: ein Kesselfabrikant aus Kiel zu 8 Monaten Gefängnis und fünfjährlicher Polizeiaufsicht und ein Maurer aus Berlin zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und fünfjährlicher Polizeiaufsicht. Der dritte Angeklagte, ein Schiffskapitän, wurde infolge Mangels an Beweisen freigesprochen.

Die belagerte Arbeiterpartei und der Kommunismus Brüssel, 23. Febr. Nach einer Beratung über die Frage der kommunistischen internationalen Arbeiterhilfe nahm der Generalsekretär der belagerten Arbeiterpartei einstimmig eine Tagesordnung an, in der den Sozialisten die Mitarbeit an Organisationsuntersuchungen, an denen Kommunisten beteiligt sind.

Weitere Erhöhung der Mieten

ab 1. April um 10 Prozent, ab 1. Oktober um 20 Prozent

Berlin, 23. Febr. Durch das Gesetz über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken vom 1. Juni 1926 war die gesetzliche Miete bis zum 31. März 1927 auf 100 v. H. der Friedensmiete bearemt. Nach § 3 dieses Gesetzes ist die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats die Mindesthöhe der gesetzlichen Miete im Reich einheitlich fest. In Anwendung dieser Bestimmung hat das Reichskabinett in seiner heutigen Sitzung dem Entwurf einer Verordnung zugestimmt, wonach die gesetzliche Miete vom 1. April 1927 um 10 v. H. und vom 1. Oktober 1927 um weitere 10 v. H. erhöht wird. Die Verordnung geht sofort dem Reichsrat zu.

Das werktätige Volk wird jetzt wohl nicht mehr darüber im Zweifel sein, wohin der Hase läuft. Die neue Rechtsregierung hat zwar bei ihrer Thronbesteigung groß in die Welt getrompetet, daß die sozialen Belange bei ihr ebenjotig aufgehoben seien wie bei jeder anderen. Wie sie das meint, sieht man hier aus ihrer ersten größeren Regierungshandlung, die lediglich das Interesse des Besitzes wahr. Wenn die Regierung dann noch dem Gesetz nach völliger Freigabe der Wohnungen nachgibt, dann sind wir hergestellt. Das eine wollen wir aber betonen, die fortwährende Erhöhung der Lebenskosten paßt sehr schlecht zu den Bestrebungen der Scharfmacher die Löhne abbauen zu wollen.

Forderungen der Beamten

Eine Entschließung des A.D.B.

Berlin, 23. Febr. (Eia. Draht.) Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat am 23. Februar 1927 folgende Entschließung angenommen: „Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hat zur Besoldungsfrage der Beamten Stellung genommen und den Beschluß gefaßt, nochmals Schritte bei den maßgebenden Stellen zur Erhöhung der Bezüge der Beamten der unteren und mittleren Gruppen zu unternehmen. Da es auch nach der Rede des Herrn Reichsfinanzministers noch völlig unbekannt ist, wann die schon oft angekündigte Besoldungsreform durchgeführt wird und in Kraft tritt, hält es der Vorstand des A.D.B. in Übereinstimmung mit den überall im Lande laut gewordenen Wünschen der Beamenschaft für unbedingt nötig, im neuen Etatsjahre, also vom 1. April 1927 ab, eine Erleichterung der schweren wirtschaftlichen Lage der genannten Beamtengruppen einzutreten zu lassen.“

Der Bundesvorstand des A.D.B. erhebt nochmals die Forderung nach Wiedereinführung der 48stündigen wöchentlichen Dienstzeit für die Reichs- und Reichsbahnbeamten. Er verlangt zu diesem Zweck Verrückung der einschlägigen Bestimmungen für die Reichsbeamten und der Dienstvorschriften für die Reichsbahnbeamten. Darüber hinaus verlangt der Bundesvorstand zur gesetzlichen Regelung der Dienstzeit die Abänderung des Entwurfs eines Arbeitszeitgesetzes, das Beamte aller Kategorien den Bestimmungen dieses Gesetzes, das im übrigen wesentlichen Verbesserungen bedarf, unterstellt werden. Die Erhaltung eines berufsfreudigen Beamtenums verlangt, daß die Beamenschaft in der sozial und kulturell so wichtigen Frage der Dienstdauer nicht schlechter gestellt werden, als die Arbeiter und Anestellten.

Ein Interview Dr. Wirths

Paris, 22. Febr. (Eia. Draht.) Der frühere Reichsfinanzminister Wirth hat einem Vertreter des „Coir“ erklärt, er habe mit bestem Wissen und Gewissen gegen das Kabinett Marx gestimmt, da die Teilnahme der Deutschnationalen an der Regierung seiner Ansicht nach mit der Verteidigung der Weimarer Verfassung unvereinbar sei und eine Bedrohung der Republik bedeute. Im übrigen glaube er aber nicht, daß die Deutschnationalen die Absicht haben, sich gegen die Locarno-Politik aufzulehnen, da sie sich Rechenschaft davon abgeben hätten, daß keine andere Politif möglich sei.

Wirth betonte dann, daß die Klärung der Rheinlande die Grundbedingung für die deutsch-französische Annäherung sei und sie umjotem im Interesse Frankreichs wie Deutschlands liege, als heute ein enger Zusammenhalt Europas notwendig sei, wo „Amerika die Gefahr der Zukunft“ sei.

England und Rußland

Eine britische Note

London, 23. Febr. (Eia. Draht.) Die britische Regierung hat am Mittwochabend nach einer neuen Kabinettsitzung die angekündigte Note an Moskau in der Sowjetbotschaft überreichen lassen. Die umfangreiche Note, die sich in ihren Schlusssätzen an die bereits übermittelten Tatsachen hält, enthält eine grobe Anzahl von Zitaten aus antibrissischen Verherrnungen russischer Staatsmänner, um die fortwährende antibrissische Politif der Sowjetregierung zu billigen. Die Note schließt mit der Feststellung, daß es für die öffentliche Meinung Großbritanniens Grenzen des Erträulichen gebe und eine Fortsetzung solcher Verherrnungen früher oder später eine Beendigung des Abkommens und jenseit den Abbruch der diplomatischen Beziehungen notwendig machen werden.

Ablehnung des Haushaltsplanes in Mecklenburg-Schwerin

Schwerin, 23. Febr. Bei der Schlussabstimmung über den Haushaltsplan für 1927/28 im Hauptausschuß des Landtags wurde heute der Haushaltsplan abgelehnt durch die Stimmen der Deutschnationalen, der Volkspartei, der Wölkischen, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten. Voraussichtlich tritt der Landtag am Dienstag, 1. März, zusammen, um die Lage zu klären.

Wegen Spionage verurteilt

Königsberg, 23. Febr. In der letzten Zeit fanden wieder mehrere Verhandlungen vor dem Strafgericht des hiesigen Oberlandesgerichts in Spionageangelegenheiten statt. Angeklagt

Das Reichsschulgesetz in Sicht?

Das neue Reichskabinett ist auf seinen Sesseln noch nicht warm geworden und ebenso hat sich der neue Reichsminister des Innern von dem anstrengenden Hindernissen noch nicht erholen können, dem er sich unvermutet schon in den ersten Stunden seiner Ministerkammer auseinandersetzen mußte. Aber schon beginnt wieder das übliche Rätselraten um das Reichsschulgesetz. Kommt es oder kommt es nicht? Wie sieht es aus? Wer wird diesmal Verlierer, wer wird Gewinner sein?

Angeblieh wird sich die Zentrumsfraktion schon in allerhöchster Zeit mit dem neuen Reichsschulgesetz befassen, wahrscheinlich vorläufig mehr mit einigen grundsätzlichen und grundsätzlichen Fragen als mit bestimmten Formulierungen. Im Reichsinnenministerium steht die Materie bereits fest zur Debatte und es verlautet sogar, daß der neue Reichsminister des Innern die Absicht hat, den weiland Göring-Schieleschen Gesetzentwurf aus dem Papierkorb hervorzufischen, in den ihn ein Sturm der entzweiten öffentlichen Meinung schon vor seiner formellen Abnahme durch das damalige Reichskabinett geschleudert hatte. Ja, angeblieh soll die in diesem reaktionären Entwurf verjüngte Lösung der Schulfrage eine der wechselseitigen Kompensationen sein, mit denen Zentrum und Deutschnationale ihren Koalitionsvertrag einander mundgerechter zu machen beabsichtigen. Wobei noch die Frage wäre, wer von den beiden dabei den Kürzeren zöge!

Die Sozialdemokratie braucht sich an diesem Rätsel nicht zu beteiligen. Sie steht ohnehin in der Schulpolitik auf der Wacht und wird im gegebenen Zeitpunkt ihr gesamtes Gewicht in die Waagschale werfen. Die grundsätzliche Forderung der Sozialdemokratie ist Weltlichkeit des Schulwesens, nicht nur die sogenannte weltliche Schule. Die Forderung der Weltlichkeit kann nach all den Erörterungen und Klarstellungen der letzten Jahre nur noch von Böswilligen oder Unwissenden als eine Angelegenheit der Religion oder gar als eine Angelegenheit gegen die Religion angesehen werden. Sie ist — was sie immer war und immer bleiben wird — eine staatsbürgerliche, eine staatspolitische Angelegenheit. Wir haben unsere Forderung in Weimar bei der Schaffung der Verfassung nicht durchsetzen können, wir haben uns mit der Anerkennung der weltlichen Einzelschule als einer der konfessionellen und simultanen Schulen völlig gleichberechtigten Schulart begnügen müssen. Was diese Anerkennung immerhin bedeutete, können nur die erweisen, die die frühere vollkommenere Rechtslosigkeit von Dissidenten und die lediglich utopische Bedeutung der weltlichen Schule in der Weimarer Zeit miterlebt oder doch nachträglich nachempfunden haben.

Der Weimarer Schulkompromiß war das äußerste Zugeständnis, das die Sozialdemokratie in der Schulfrage machen konnte. Er verlangte von ihr die Ueberwindung nicht geringerer innerer Hemmungen als sie aus entgegengelegten Erwägungen damals das Zentrum zu überwinden hatte. Der Weimarer Kompromiß war von dem Grundgedanken diktiert, daß man sich gegenseitig dulden müsse, wenn man sich nicht überlegen könne und sich nicht vergewaltigen wolle. Gerade das letztere aber sollte und dürfte nicht allein sein, darüber waren sich Gröber und andere Vertreter des Zentrums ebenso klar wie die sozialdemokratischen Unterhändler, ein Schulgesetz dürfe nicht von einer kleinen oder zweifelhaften Mehrheit gemacht werden, wenn die allgemein angestrebte Ruhe auf dem Schulgebiet herbeigeführt und der Schulstreik nicht zur dauernden Einrichtung in der jungen Republik werden sollte.

Die Sozialdemokratie hat bisher an der von ihr in Weimar eingegangenen Verpflichtung feste gehalten, wie das der letzte Parteitag in Heidelberg noch ausdrücklich ausgesprochen hat. Sollte sich das Zentrum an Schulgesetzentwürfen in der Art des Göring-Schieleschen Entwurfs beteiligen, so löst es damit die Vereinbarungen von Weimar, so will es in der Schulfrage nicht Duldung und Ruhe, sondern Vergewaltigung und Kampf. Damit wäre dann auch die Sozialdemokratie der Verbindlichkeiten von Weimar ledig, es würde ein Schul- und Kulturkampf von unerhörter Heftigkeit entbrechen.

Wir glauben vorläufig nicht, daß das Zentrum sich auf diesen abschüssigen Weg begeben wird, so sehr er zunächst auch locken mag, und so sehr die Deutschnationalen zureden mögen, ihn zu gehen. Das Zentrum würde damit auch die Verpflichtungen brechen, mit denen es die neue Rechtskoalition vor dem erkrankten republikanischen Deutschland zu entschuldigen und zu rechtfertigen suchte. Die Sozialdemokratie wünscht keinen Kulturkampf, der junge Volkstaat kann ihn nicht brauchen, er hat dringendere Sorgen und Pflichten. Aber die Sozialdemokratie wird dem Kampf nicht aus dem Wege gehen, sie wird ihn zu führen wissen, falls er ihr aufgegeben werden sollte.

Der Gesundheitszustand in Deutschland

Ein etwas optimistisch gefärbte Denkschrift
Dem Reichstag ist eine Denkschrift über die gesundheitslichen Verhältnisse des deutschen Volkes im Jahre 1925 zugegangen. Gegenüber dem Jahre 1926 wird im allgemeinen eine Besserung festgestellt. Jedoch bemerkt die Denkschrift, daß die schlechte Wirtschaftslage zunächst ohne schwere Rückwirkungen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung geblieben ist.

Die optimistische Auffassung der Denkschrift hinsichtlich der Auswirkungen der schweren Wirtschaftskrise auf die Gesundheitsverhältnisse dürfte vor allem deshalb möglich sein, weil die Denkschrift sehr altes Zahlenmaterial benutzt. Soweit das Jahr 1925 in Frage kommt, ist im Geburtenrückgang ein Stillstand eingetreten. (Zahl der Lebendgeborenen pro Tausend der mittleren Bevölkerung 1925: 20,6, im Jahre 1924: 20,5.) Nicht man aber die drei ersten Vierteljahre des Jahres 1926 in Betracht, so ergibt sich für die städtische Bevölkerung gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1925 ein Abgang der Geburtenziffern von 16,3 auf 15,8 pro Tausend. Die Sterblichkeit im ganzen Deutschen Reich (1925: 11,9 pro Tausend) hat sich dem gegenwärtigen Sterblichkeitsminimum in

Europa anebaut. Das dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die ärztliche Kunst im Kampfe gegen die Tuberkulose und andere Infektionskrankheiten (Sepsis) erfolgreich war. Die Säuglingssterblichkeit dagegen ist in Deutschland immer noch wesentlich größer als in anderen Ländern mit der geringsten Sterblichkeit in Europa (Dänemark, Holland).

Die Denkschrift bezeichnet schieflich den Ernährungszustand im allgemeinen als günstig. Eine Ausnahme macht sie für die ungünstig gestellten Bezirke bezw. für die Erwerbslosen. Selbstverständlich ist, daß die Wirtschaftskrise gerade auf den Gesundheitszustand der Erwerbslosen wirken mußte. Sie haben nämlich eine Zeit der Ernährungslosigkeit hinter sich, wie sie nur einmal während der Kriegshungerjahre festzustellen war. Naturgemäß werden sich die Folgen erst in der Entwicklung der Sterblichkeit und in den Invaliditätssiffern der kommenden Jahre zeigen.

Die Verhaftung der Pfälzer Gendarmen

Berlin, 23. Febr. Die Verhaftung der Gendarmen in Winden und Steinfeld, die seither durch französisches Militär erlögte, ist der „F. F.“ zufolge auf folgende Vorgänge zurückzuführen, die sich am 15. Februar in Kaspener abspielten. Eine Gruppe von 17 jungen Leuten, die sich für die französische Fremdenlegation verpflichtet hatten, und unter Beileitung eines französischen Soldaten in Bittel nach Weissenburg zogen, wurden von der deutschen Gendarmerei verhaftet und nach Karlsruhe gebracht, weil man unter diesen Leuten freibeitlich verfolgte Personen vermutete. In Karlsruhe entdeckte man unter ihnen drei freibeitlich verfolgte Personen, darunter einen Schwerverbrecher. Der französische Soldat weigerte sich, der deutschen Gendarmerei seinen Personalausweis zu zeigen, worauf diese ihn in Kaspener aus dem Zusee ließen. Die Verhaftung der deutschen Gendarmen in Winden und Steinfeld erfolgte jedenfalls auf die Anzeige dieses Soldaten hin.

Sowjetaranten

Die Lieferung durch ein Kassimile einwandfrei festgestellt

In der gestrigen Morgenausgabe veröffentlicht der „Vorwärts“ das Kassimile einer Anweisung des „Wirtschaftskontors“ an die Darnstädter und Nationalbank, 50 000 Dollar telegraphisch nach Moskau für die russische Staatsbank zu überweisen. „Wirtschaftskontor G. m. b. H.“ ist der im Herbst 1926 abgeänderte Name der „Gesellschaft zur Förderung gewerblicher Unternehmungen“, abgekürzt „Ges.“ mit dem Sitz in Berlin und einer Filiale in Moskau. Es handelt sich bei dieser „Ges.“ bzw. dem „Wirtschaftskontor“ für Waffen- und Munitionsgeschäften. Sie befähigt bis vor kurzer Zeit ein Konto bei einer Depositenkassette der Darnstädter und Nationalbank in Berlin, dies ist jedoch inzwischen zur preussischen Staatsbank verlegt worden. Verfügungsberechtigt über dieses Konto waren Oberst Oskar Buchholz, Leiter der Waffen- und Munitionsbereitstellung des Reichswaffenministeriums, und Major Schwannberg von der gleichen Abteilung.

Das nunmehr veröffentlichte Kassimile dürfte auch bei den kommunistischen Arbeitern, die bisher an die Abwesenheiten der Kommunisten geklagt haben, seinen Eindruck nicht verfehlen. Es schließt selbstverständlich nicht aus, daß die Kommunisten ihre verlorene Taktik fortsetzen. Sie werden dazu durch die bisherige Zurückhaltung der Reichsregierung ermutigt. Dabei weiß heute schon fast jedes Kind, daß in den vergangenen Jahren 3000 Tonnen Sowjetwaren nach Deutschland geliefert worden sind. Das kann die Reichsregierung nur bekräftigen. Vorläufig fehlt ihr hierzu jedoch der Mut.

Die Lage in Schanghai

London, 23. Febr. (Eig. Draht.) Ein vor Schanghai liegendes chinesisches Kanonenboot meuterte am Dienstag morgen gegen die Besatzung und besaß die Stadt Schanghai zu belagern. Das Ziel des Meuteres war das Hotel „Lena“ des Marshalls Sun in Schanghai, jedoch explodierten einige Geschosse auch innerhalb der internationalen Konzeptionen, wobei vier Häuser, die Franzosen gehören, beschädigt wurden.

Der Generalkontrakt in Schanghai dauert trotz des Terrors an. Der Zustand der Postanstalten ist jedoch bereits zusammengebrochen, nachdem am Montag eine Proklamation angeschlagen worden war, daß jeder Postbesitzer, der nicht sofort die Arbeit wieder aufnehme, händelrechtlich hingerichtet werden würde.

London, 23. Februar. Dem Sonderkorrespondenten der „Chicago Tribune“ in Schanghai zufolge hat aneblich gleichzeitig mit dem Angriff des chinesischen Kanonenbootes eine mit Pistolen bewaffnete Menge von 600 Chinesen die Polizeistation in der Eingeborenenstadt angegriffen. Vier Polizisten wurden getötet und mehrere schwer verwundet. Bevor der Angriff abgeschlossen war.

Paris, 23. Febr. (Eig. Draht.) Die Lage in Schanghai hat sich so verschärft, daß die französische Regierung den Mittelmächten über die französischen Konsularbehörden Interventionen hat suchen lassen. Sie scheinen zu bemerken, daß Frankreich unter Umständen entschlossen ist, aus seiner bisherigen Haltung absoluter Neutralität China gegenüber herauszutreten. Die französischen Konsularbehörden sollen jeden Konflikt mit den „Aufständischen“ vermeiden und in direkte Verhandlungen mit den chinesischen Behörden eintreten, um die Sicherheit der französischen Konzeption zu gewährleisten, gegebenenfalls aber zu den Waffen zu greifen, um das Gut der französischen Staatsangehörigen zu verteidigen. Die Polizeistation in der französischen Konzeption sind inzwischen auf „Kriegsstand“ gestellt worden. Die französischen Konsularbehörden sind schließlich noch erlög worden, was gemeinsame Vorgehens mit der englischen, amerikanischen und japanischen Konzeption in Verbindung zu treten.

Von den Wirtschaftskämpfen

Ein voller Erfolg der württembergischen Holzarbeiter

Stuttgart, 23. Febr. (Eig. Meldung.) Die vom Verband der württ. Holzindustriellen für Wittmoß, 23. Februar, angekündigte Auslösung württ. Holzarbeiter des Landes ist im letzten Augenblick abgemindert worden. Beide Parteien haben in der folgenden ihnen vom Vorsitzenden des Stuttgarter

Schlichtungsausschusses unterbreiteten Vergleichsvorschlag bis in dem angenommen: Bis zur Schaffung eines neuen zentralen Lohnabkommens für die Holzindustrie des ganzen Reichs wird für Württemberg die Vereinbarung getroffen, daß die vor dem Abban befindlichen Löhne sofort wieder in Kraft gesetzt werden. Die sich hieraus ergebenden Zulagen auf die bestehenden Stundenlöhne von 8 Pf. in der Spitze werden in zwei Raten 5 Pf. sofort, 3 Pf. vom 17. März ab gewährt. Die beiderseitigen Kampfmaßnahmen werden sofort abgestellt. Die Arbeit wird in den befreiten Betrieben am Donnerstag früh wieder aufgenommen. Damit sind die Forderungen des Holzarbeiterverbandes in vollem Umfang erfüllt worden.

Schiedsgericht im Bankgewerbe

Berlin, 24. Febr. (Sundbier.) Im Berliner Bankgewerbe wurde am Mittwoch ein Schiedsgericht gebildet, der eine monatliche Gehaltszahlung von 7 1/2 Prozent versetzt und den Angehörigen nachträglich noch ein halbes Monatsgehalt zu Weihnachten zugesagt. Die regelmäßige Arbeitszeit wird in diesem Spruch auf 46 Stunden wöchentlich, im Bedarfsfälle auf 51 Stunden festgesetzt. Arbeitsstunden über 51 Stunden werden pro Stunde mit dem 200. Teil des Monatsgehaltes vergütet. Die Urlaubsberechnung bringt Verbesserungen für die Bediensteten, dagegen für die bisherigen Anstellungsverhältnisse. Als Geltungsdauer dieser Regelung wurde der 31. März bestimmt.

Deutscher Reichstag

Das Haus überweist zunächst einen Antrag Dr. Scholz (Dsp.) über die Aufhebung des Reichsministeramtlichen Ausbaus und verabschiedet dann ohne Aussprache das Abkommen über den Kleinen Grenzerwerb mit Luxemburg in allen drei Lesungen.

Darauf wird die zweite Lesung des Haushalts 1927 beim Etat des Reichsjustizministeriums fortgesetzt.

Abgeordn. Dr. Everling (Dsp.) wünscht dem neuen Justizminister, dem er aus dem Kreise der Deutschnationalen, erfolgreiche Arbeit an den bevorstehenden Gesetzgebungsarbeiten und hofft, daß es ihm gelingen möge, die Rechtspflege auch weiterhin von Volljährigkeit freizubalten. (Lachen links.) Solange die Eherechtsreform nur auf Erleichterung der Ehebindungen hinausläuft, werden wir uns dagegen im Einverständnis mit unseren katolischen Freunden. Die Annahme darf man nicht übersehen. Wir wünschen einem Schutz der christlichen Eherechtsreform. Der 11. August einigt nicht das ganze Volk und ist kein Staatsfeiertag. Aber wenigstens ein Gedanke für die Opfer des Weltkrieges sollte doch maßgebend sein. Wir treten ein für die Unabhängigkeit der Richter. Die am meisten über Klassenjustiz klagen, können am wenigsten Objektive aufbringen. (Lärm bei den Kommunisten.) Sehen Sie sich nur Herrn Böhlen als Richter im Untersuchungsausschuss an. Wir wünschen, daß der Fall im Justizbereich: Seidem das Seidel (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Abg. Dr. Böhm (Str.) dankt dem Minister für die Sachlichkeit, mit der er die Vertrauensfrage behandelt. Aber es handelt sich hier viel mehr um eine Rechtsprechung als um die Politik der Wirtschaftspolitik. Die Aufwertungsmaßnahmen wäre nicht nötig gewesen, wenn die Richter rechtzeitig wie die Wirtschaft den Grundbesitz „Markt gleich Markt“ aufgenommen hätten. Aber das war eben nicht möglich, deshalb liegt die Vertrauensfrage kein Vorwurf. Auch von einer politischen Vertrauensfrage kann man nach dem Reformer Bewußtsein der Richter nicht mehr sprechen. Wenn die Anwendung des Hochverratsparagrafen nicht dem allgemeinen Rechtsverständnis entspricht, muß das Gesetz geändert werden. Die Richter haben alles getan, aus der Krise herauszukommen. Deshalb gebührt ihnen ein Vertrauensvotum. (Beifall rechts und in der Mitte.) Die Ehenot stehen auch wir, aber mit dem Beifall der wirtschaftlichen Krise werden auch die Voraussetzungen für die ehelichen Schiedsgerichte geschaffen. Deshalb lehnen wir die Erleichterung der Ehebindung ab. Sie widerspricht unserer christlichen Ethik, die mit der natürlichen Ethik im Einklang steht. Jede Erleichterung der Ehebindung wirkt zu ungunsten der Frau. Die Scheidungslehre der Großstadt moralisch lehnen wir ab. Man blide dahin, wo die reinere Luft weht, auf das Land, in den kleineren Städten (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Kahl (Dsp.) erinnert an das 60jährige Bestehen des Reichsjustizministeriums am 1. Januar. Mit Hochachtung denken wir bei diesem Anlaß an alle verdienten geschäftlichen Arbeiter und der Männer, die mit unermüdlicher Sachkenntnis und hingebender Pflichterfüllung ihrer Leiter gewaltet haben. (Beifall rechts.) Leider stehen den acht Staatssekretären, die in den 40 Jahren bis 1918 amtiert haben, schon 15 verbrauchte Staatssekretäre in acht Jahren gegenüber. Die Angriffe gegen Staatssekretär Joel persönlich bebauern wir tief. Im Ausschuss hat man ihn sogar als Gefahr für die Republik bezeichnet. Konstruieren Sie (nach links) doch nur nicht solche Gefahren für die Republik. Ubrigens hat Staatssekretär Joel oft genug Beweise seiner absoluten politischen Zuverlässigkeit gegeben. Das Thema von der Vertrauensfrage hängt an langweilige zu werden. Das Justizministerium darf in die Rechtsprechung gar nicht einmischen und vor Verfassungsverletzungen sollte man sich hüten. Meine Sorgen richten sich überhens gegen die große Mißbe, zum Beispiel bei Rindfleischhandlungen. (Lachen Dr. Rosenbergs (Komm.); Sehr richtig.) Aber unsere politische Gerichtsbarkeit ist ohne Tadel. Nicht die Gewinnung, sondern die Tat wird bestraft. (Widerpruch links.) Ihre (nach links) Behauptungen sind alle widerlegt worden. (Lärm bei den Komm.) Die Hochverratsurteile entsprechen durchaus dem geltenden Recht. Aber der Staat kann kommunikativen Zwecken gegenüber auch gar nicht auf ein Selbstverhaltensrecht verzichten. Ich bin kein Unitarier, aber ein Überbegriff der Justizhoheit von den Ländern auf das Reich ist unbedingt notwendig. Für die große Strafrechtsreform ist es Zeit, endlich die geschäftsordnungsrechtlichen Vorbereitungen zu treffen. Die Ehebindungsreform ist noch nicht reif für die Behandlung im Plenum. Nicht leugnen kann man aber die tiefe Schlucht zwischen Recht und Gerechtigkeit. (Anruf im Zentrum.) Ich rufe die wahrheitsliebende, ihrer Verantwortung bewußte Presse auf zum Kampfe nicht gegen, sondern für die deutsche Justiz. (Beifall bei der Dsp.)

Abg. Dr. Rosenbergs (Komm.): Man hat uns versichert, wir nicht auf den Boden der Verfassung treten wollen, denn wir könne aus das Reichsgericht freundlich behandeln. Ein solches Versprechen können wir nicht geben, denn der ganze Reichstag ist verfassungswidrig. Wir bleiben die alten. Der Reform bleibt bei der Behauptung, daß Kommunisten nur wegen ihrer Ueberzeugung verurteilt würden.

Staatssekretär Joel erklärt: Strengstoll sei zentnerweise durch schmerzlichen Einbruchschicksal entwendet und Sanatoriumsfabriken übergeben worden. (Lärm bei den Kommunisten.) Wo war das? In Baden a. B. beim Lörracher Kurort. Wo den Hamburger Vorarbeiten habe der Abg. Kahl bei den ausgegeben, das wäre eine Revolution gewesen. (Lärm bei den Kommunisten.) Das Reichsgericht trete den Kommunisten durchaus vorurteillos gegenüber. In welchem Umfang habe es ihnen den politischen Charakter ihrer Tat zueckzuehellen. Ein Staat könne dulden, daß an seinem eigenen Recht gearbeitet werde.

Die weitere Tagesberatung wird auf Donnerstag 2. vertagt. Schluß 8 1/2 Uhr.

Aus dem badischen Landtag

Der Haushaltsauschuss

nahm seine Beratungen am Dienstag, 22. Februar, vormittags 10 Uhr, wieder auf. Fabrikant Kohn in Pforzheim beschwerte sich in einem Schreiben an den Landtag darüber, daß ihm am Bahnhöfen in Marienburg badische Pantolen nicht in Zahlung genommen wurden. Der Ausschuss überwies die Beschwerde der Regierung zur Kenntnisnahme. — Der Bad. Bauernverein will in einer Eingabe die Rechte der bad. Klein- und Abbindegebrenner unangetastet erhalten wissen. Die Regierung hat bereits in diesem Sinne gewirkt. Ein Zentrumsabgeordneter bespricht das ganze Problem der Schwarzbrennerei und vor allem den jüngsten Schwarzbrennerprozess in Offenburg. Außerbadische Reichsbeamte sind ohne Kenntnis der bad. Behörden in badische Orte eingedrungen. Das Monopolumat zahlt den Brennern für 1 Liter Alkohol den jährlichen Betrag von 1 1/2 Mk., um dann das Liter Monopolschwarz für circa 5 Mk. in den Handel zu bringen. Ein Antrag Kläber will, daß wegen kleiner Beträge gegen das Brennweinmonopolgesetz entzogene Brennzeite wieder hergestellt werden, insbesondere dort, wo eine gerichtliche Beweisführung nicht vorliegt. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Die Beamtenorientierte Redaktionsrat und Heibelberg verlangen in Eingaben eine höhere Einstufung im Ortsklassenverhältnis. Heibelberg will von Ortsklasse A nach der Sonderklasse. Eine ähnliche Eingabe liegt dem Beamtenbund Ottenau bei Gaggenau vor; dieser Ort wurde von C nach D zurückgestuft. Berichterstatter Uda, Freidhof beantragt, das Gehalt von Redaktionsrat und Heibelberg zur Kenntnisnahme und Ottenau empfehlend der Regierung zu überweisen. Hierbei entwickelte sich eine längere Aussprache, in der übereinstimmend zum Ausdruck kam, daß die gegenwärtige Ortsklasseneinteilung den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise gerecht wird. Insbesondere wird dies von Zentrumsseite unterstrichen. Es lebe heute in kleineren Orten meistens teurer, wie in den Städten. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Eingaben einer höheren Einstufung in dem Ortsklassenverzeichnis nach den Erklärungen des Reichsinstandministers Reimhold zwecklos sind. Eine Neuaufstellung des Ortsklassenverzeichnisses soll spätestens am 1. April 1928 erfolgen. Würde ein Ort in der Zwischenzeit höher eingestuft, dann gäbe es eine Anzahl von Berufungen. Von Zentrumsseite wird ein Antrag eingebracht, der verlangt, daß

1. die Grundätze für die Einteilung der Gemeinden für das Ortsklassenverzeichnis nachgeprüft werden,
2. die weitgehende Differenzierung vereinfacht wird,
3. statt der Differenzierung in der Reineinteilung grobe Wertmaßstäbe gebildet werden.

Uda. Gaaser berichtet über eine Verordnung vom 21. 10. 1926 betr.

die Zuwachssteuer.

Die Mustersteuerordnung umfaßt 29 Paragraphen. Von sozialdemokratischer Seite wird darauf hingewiesen, daß die aufwendende Bautätigkeit zu unangelegenen Steigerungen der Grundstückpreise geführt hat, ohne daß die Gemeinden hier zugreifen könnten. In einer Reihe von Fällen zeigt der Redner, wie die Grundstückspreise in der Nähe der großen Siedlungsbezirke wachstümlich gestiegen sind. Es sei an der Zeit, daß ein Gesetz nachfolgt, um diesen Einseitigkeit zu gebieten. Die Würdigung der Zuwachssteuer, die von der Sache, die von Reichs wegen geregelt werden müßte. — Ein bekannter Abgeordneter der Württemberg. Vereinigung, Vertreter desjenigen Teils der Hausbesitzer, der nie genug bekommen kann, ist natürlich gegen die Zuwachssteuer. Er will schrankenlose Freiheit auf dem Gebiete der Preisbildung bei Grundstücken. Er will, daß Millionen verdient werden können, ohne daß man einen Finger rührt. Was ist die Leute das Problem der Wohnungsnot und ihre Beseitigung? Es lebe der Sozialismus, es lebe der Hausbesitzer, der über Reichtum verfügt, es lebe der Grundstücksbesitzer, durch den man mühselos reich werden kann! Das ist die Parole dieser Leute. — Von Zentrumsseite werden die Erzeugnisse des sozialdemokratischen Redners unterstützt und erregt.

Der Antrag des Berichterstatters, der Landtag wolle von der Zuwachssteuerordnung Kenntnis nehmen, wird angenommen.

Haus- und Grundbesitzerverein Pforzheim

muss eine schöne Gesellschaft sein. Er hat eine Resolution verabschiedet, in der er folgendes dem Landtag verlangt:

1. Aufhebung der Gebäudebesitzersteuer;
2. Erlass des 4. Artikels der Grund- und Gewerbesteuer;
3. Aufhebung der Wohnungswirtschaft;
4. Abschaffung sämtlicher Vermögenssteuern für Steuern;
5. mit dem Hofmeister der enormen Steuerüberschüsse ist zu brechen.

6. Vereinfachung des Steuerwesens.
Die Grund- und Hausbesitzer in Pforzheim haben gut vor. Sie leisten mit offenen Herzen und lassen jede Verknüpfung fallen. Sie wollen Steuern aufheben, ohne daß sie der Regierung laien, wo sie für die ausfallenden Beträge die Deckung finden soll. In der Aussprache teilte ein sozialdemokratischer Sprecher mit, daß in Heibelberg ein bekannter rechtsorientierter Stadtverordneter seine Steuern zum Teil erst entrichtete, als ihm mit Wahrung gebot wurde, trotzdem er zur Entziehung seiner Steuern wohl in der Lage gewesen wäre. Die Steuerhelfer sei bei einzelnen dieser Herren recht groß. — Ein Uda, der Bürgerl. Vereinigung, wieder jener Vertreter des Grund- und Hausbesitzes, entblödete sich nicht, zu beantragen, daß bei der Reichsregierung auf die Aufhebung der Gebäudebesitzersteuer gedrängt werde. Dieser Antrag wurde mit allen Stimmen gegen die Bürgerl. Vereinigung bei drei Enthaltungen abgelehnt. Die Forderungen des Pforzheimer Grund- und Hausbesitzervereins wurden zum Teil abgelehnt, aber als durch frühere Beschlüsse für erledigt erklärt und nur der Ziffer 6, Vereinfachung des Steuerwesens, wurde einstimmig.

In seiner Nachmittagsitzung vom 22. Februar beschäftigte sich der Haushaltsauschuss mit zwei Anträgen, die dem gleichen Zwecke dienen. Der erste von demokratischer Seite kommende

Antrag will die Kreise am Mehrertrag der Kraftfahrzeugsteuer beteiligen, der von volksrechtlicher Seite kommende Antrag will die Kreise und Gemeinden an dieser Steuer überbaut beteiligen. Die Kraftfahrzeugsteuer erbringt für Baden 3,5 Millionen Mark. Die Regierung glaubt, daß alles vermieden werden müßte, was zu Ausfällen in den Staatseinnahmen führe; eine budgetäre Behandlung der Anträge komme für die gegenwärtige Budgetperiode in Frage. — In der Aussprache wird allseitig als gerechtfertigt anerkannt, daß die den Gemeinden infolge des rasch gestiegenen Kraftwagenverkehrs entstehenden hohen Straßenerhaltungskosten durch das Land wenigstens teilweise übernommen werden, zumal das Land ja die Einnahmen aus der Kraftwagensteuer verdrängen kann. Demnachst erscheint eine Denkschrift über die Verringerung des Straßengeldes; in dieser soll, nach einem Antrag Glöckner zu den vorstehenden Anträgen und zu dem, was durch sie erreicht werden will, Stellung genommen und die beiden Anträge im Hinblick auf diese Denkschrift für erledigt erklärt werden. Der Ausschuss stimmte zu.

Ein Antrag Kläber (S. W.) will wieder einmal die Steuer für Hausfluchtungen aufheben. — Ein Antrag Meier-Heibelberg (S. W.) und Gossel verlangt die sofortige Aufhebung der Fleischsteuer überhaupt für den Fall, daß die Steuer für Hausfluchtungen in Fortfall kommen sollte. Die Fleischsteuer erbringt 2,688 Millionen Mark. — Die Regierung teilt mit, daß die Hausfluchtungen 361 560 Mk. erbringen, hiervon für Schweine allein 351 400 Mk. — Ein sozialdemokratischer Sprecher hält es für unrichtig, nach einem Antrag Glöckner zu den vorstehenden Anträgen und zu dem, was durch sie erreicht werden will, Stellung genommen und die beiden Anträge im Hinblick auf diese Denkschrift für erledigt erklärt werden. Der Ausschuss stimmte zu.

Kleine badische Chronik

Mannheim. Montag vorm. wurde auf dem Kaiserplatz hier ein 65 Jahre alter Mann von einem starken Unwohlsein befallen. Ein Polizeibeamter brachte ihn in einen nahegelegenen Dausgasa. Noch ehe der herbeigerufene Arzt eintrat, erlitt der Mann einen Schlaganfall, der seinen sofortigen Tod zur Folge hatte. — Ein 34 Jahre alter Mann, der wegen Aufhebung und Ausfriedensbruch festgenommen war, wollte sich durch Erhängen das Leben nehmen. Noch rechtzeitig wurde er an seinem Vorhaben verhindert und auf Anweisung des herbeigerufenen Arztes ins Krankenhaus transportiert.

Mannheim. Auf dem Heimweg von einem Musikball verunglückte in der Nacht zum Sonntag die Gattin eines Knechtmeisters. Diese rutschte auf den Stufen des Hauptportals des Musikgartens aus, fiel zu Boden und zog sich, wie der Polizeibericht meldet, offenbar innere Verletzungen zu.

Baden. Montag nacht brannten in der oberen Mühle die umfangreichen Deponieräume bis auf den Grund nieder. Es wird Brandstiftung vermutet. Der Schaden beläuft sich auf circa 50-60 000 Mark.

Stollingen. Der Stollinger Ledige Hilfsarbeiter Jakob Bilschoff wurde von seinen Angehörigen tot im Hausflur aufgefunden. Bilschoff, der im oberen Stock des Hauses wohnte, scheint durch einen Selbstmord die Treppe hinuntergestürzt zu sein. Er hat das Genick gebrochen.

Stollingen. Montag nachmittag erkrankte sich in der Waschküche ihrer Wohnung eine 52 Jahre alte Frau. Die Ursache der unglücklichen Tat wird in geistiger Anmahnung gesucht.

Riegel. In der Papierfabrik J. D. L. erkrankte ein Arbeiter, das den Dachstuhl des Fabrikgebäudes einstürzte. Der Schaden ist unbedeutend.

Reinheim. Hier wurde ein Mann verhaftet, der beschuldigt wird, den vor kurzem im Anwesen der Witwe W. Mann entstandenen Brand geleitet zu haben.

Freiburg. Am Samstag vormittag verschied in dem von Biele 11.43 Uhr hier eintreffenden Zuge ein 57jähriger Kaufmann von Karlsruhe an einem Herzschlag. Die Leiche wurde in Freiburg zurückgefahren und wird nach Karlsruhe überführt werden.

Konstanz. Verhaftet wurde hier dieser Tage ein 26-jähriger verheirateter Kaufmann von hier. Er verstand es, seinen Vater vier Jahre lang in dem Glauben zu erhalten, daß er bei der Kriminaljustiz angeklagt ist. Seiner Frau gegenüber gab er sich als Knecht beim Amtsgesicht aus. Mit dieser Fälschung hat er auch seine Ehe vor Jahresfrist geschlossen. Das Haushaltsvermögen finanzierte er durch Pump- und Beiträgen. Der Schwindel kam dadurch heraus, daß ein betrogener Geschäftspartner und seine betrogene Ehefrau dem Mann auf dem angeblichen Geschäftssitz einen Besuch abtrotten wollten.

Konstanz. Vor einigen Tagen fuhr der 38 Jahre alte Ingenieur Karl F. in I., Inhaber einer Fahrradreparatwerkstätte, mit seinem Motorrad, auf dessen Vorderrad ein Bild von Mannsboden mitfuhr, zurück nach Konstanz. Bei dem Versuch, in der Mainaustraße einem Passanten auszuweichen, rutschte das Motorrad auf der schlüpfrigen Straße aus. Die beiden Fahrer stürzten zu Boden. Während der Fahrt des Motorrades, der auf den Kopf gefallen war und einen Schädelbruch erlitt, tot liegen.

Teufelsknecht. Die letzten Sonntag vom Geländeverein „Vorwärts“ veranstaltete „Armenenball“ mit dem darauffolgenden Maskenball waren in jeder Beziehung ein rauschender Erfolg für den Verein. Was in der „Stunde“ ge-

boten wurde waren Glanzstücke voll lustigen Humors und politischer Satire. Besonders zu erwähnen sind der Vorsitzende des Dreierates, die drei Bittredner, der Musikantenchor und der Klarinetten-Muffakrotat und nicht zu vergessen die Vereinstabelle unter Leitung des Herrn Köth. Wahre Lachsalven ertönten und zeigten den Mitwirkenden, daß sie verstanden und gewürdigt wurden. — In allerbesten Stimmung ging nun zum Maskenball über, bei dem bald ein „drangvolle Enge“ herrschte. Der allgemeine Stimmungspegel war der: „Wenn bloß der Saal nochmal so groß wäre.“ (Soffentlich hat ihn der „Jatob“ auch gehört und gibt seinem Geldbeutel einen Stoß!) Zur vorgeschriebenen Stunde wurde der Tanz beendet und befehlidig ging man auseinander.

Uebertragungen im Süddeutschen Rundfunk. Dem Süddeutschen Rundfunk ist es gelungen, sich für diese Woche zwei bedeutsame Uebertragungen zu sichern. Am Donnerstag, 24. Februar, gelangt die Oper „Leonore“ von Beethoven, die erste Fassung des „Fidelio“ aus Leipzig zur Uebertragung. Der Beginn der Uebertragung ist nicht wie im Programm infolge eines Uebermittlungsfehlers angegeben 8.30 Uhr, sondern bereits 8 Uhr abends. Der auf 7.45 Uhr angedeutete Vortrag über „Empfangsrichtungen“ fällt infolgedessen aus. — Am folgenden Tage, Freitag, 25. Februar, gelangen aus Frankfurt ausgewählte Szenen aus der Oper „Meistersinger“ von Arrigo Boito zur Uebertragung. — Die Uebertragung wird jeweils zu Beginn der Uebertragungen bekannt gegeben.

Markt und Handel

Konfisereröffnungen. Das Konfisererfahren wurde eröffnet über das Vermögen der Firma „Tiefenbacher, Tabakfabriken, G. m. b. H., Bühl“. Ferner über das Vermögen des Heinrich Simon, Uhrengehäuse, Möbel- und Buchbinderei in Pfaffenweiler.

Aus der Stadt Durlach

Viemarkt am 23. Februar. Rindvieh und Pferde. Aufgekauftene Tiere: Rube 83, Kalbinnen und Rinder (Zunahme) 30, Verkaufte Tiere: Rube 83, Kalbinnen und Rinder (Zunahme) 30, Kalber 30. Preise: Rube a) Milchkuhe häufigster Preis 750 Mk., niedrigster Preis 650 Mk., häufigster Preis 950 Mk.; b) Stuchkuhe 750 Mk., bezw. 650 Mk., bezw. 950 Mk., Kalbinnen, trächtig 650 Mk., bezw. 750 Mk., bezw. 800 Mk., Rubinder 300 Mk., bezw. 250 Mk., bezw. 350 Mk.

Kommunizisches vom Durlacher Rathaus

Wir haben bereits beim Bericht über die letzte Bürgerausschussitzung bei der Behandlung der Vorlage über die Erhöhung der Vorauszahlungsätze zu den Gemeindesteuern auf die etwas merkwürdige Haltung der Kommunisten hingewiesen und angedeutet, daß sie vielleicht eine etwas eingehendere Beleuchtung verdiene, insbesondere die mehr als naive Begründung, die Stadtrat Weiß dafür gab. Bisher haben unsere Kommunisten aus „grundständigen Erwägungen“ heraus und natürlich auch, um von der Stellungnahme der Sozialdemokratie schon äußerlich abzuweichen, jeweils den städtischen Vorschlag abgelehnt. Nun ist natürlich die Aufbringung der Mittel, wie auch die Befreiung des Steuerfiskus für die Gemeindesteuern, wie sie die oben erwähnte Vorlage vorsieht, ein integrierender Bestandteil des Vorschlags. Die Kommunisten fühlen wohl auch offenbar den Widerspruch, der darin liegt, wenn sie der Stadtverwaltung, in die sie selbst die Mittel vorzugeben, ihrer Aufgabe als Stadterwaltung geracht zu werden, zumal ein wesentlicher Teil dieser Aufgabe — wir erinnern nur an die **Bemittlung des Erwerbslosenproblems** — mit dem Interesse unserer Arbeiterbevölkerung zusammenfällt. Deswegen vermuthlich auch die neue Taktik. Man verlangt eine getrennte Abstimmung über die neuen Steuerätze mit der Annahme, daß man für die Erhöhung der Steuerätze auf Betriebsvermögen, aber gegen die Erhöhung der Sätze auf Gebäude- und Grundvermögen stimmen wolle, mit der Drohung, für den Fall, daß der Antrag auf getrennte Abstimmung abgelehnt werde — was jedenfalls die Antragsteller voraussehen und vermuthlich auch wünschten —, die ganze Vorlage abzulehnen, was denn auch ganz „programm-mäßig“ vor sich ging. Damit waren zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Man hatte auf der einen Seite den „grundständigen Erwägungen“ Rechnung getragen und auf der anderen Seite eine ganz nette Verbeugung an die Parole „Arbeiter- und Bauernregierung“ gemacht — oder glaubte es wenigstens.

Zu dem Antrag auf getrennte Abstimmung erklärte nun Stadtrat Weiß gewissermaßen beirührend, er habe im Stadtrat beantragt, die Steuerätze für das Gebäude- und Grundvermögen in ihrer bisherigen Höhe zu belassen und die Betriebsvermögen allein mit der notwendigen Erhöhung zu belasten. Man habe dies als gefällig unschlüssig bezeichnet. Er habe diesen Vorschlag gemacht, weil — man höre und staune — die Hausbesitzer, wenn sie höhere Gemeindesteuern zahlen müßten, ihrerseits höhere Mieten verlangten, und das städtische Büromat feinerleis an die Mieterbemittelten wieder höhere Mietzuschüsse zu leisten haben würde. Zweifelloso eine Begründung, die einem kommunizistischen Stadtrat alle Ehre macht. Wir trauen ihm allerdings hinreichend Intelligenz zu, wenn wir annehmen, daß er selbst nicht an die Möglichkeit derlei glaubt. Aber das Geschrei, wenn sich ein sozialdemokratischer Rathausvertreter einen derartigen — na, Witzwort geleistet hätte und wenn die Haus- und Grundbesitzer nicht in hellen Haufen ins kommunizistische Lager abgewandert, ist Stadtrat Weiß wirklich nicht schuld daran.

Abgesehen davon, daß etwaige Mietserhöhungen vorläufig noch der reichsbehördlichen Festsetzung unterliegen, glaubt doch wohl kein vernünftiger Mensch, daß, selbst den Fall, der Vorschlag des Herrn Weiß hätte sich verwirklichen lassen, das Fürsorgeamt auch nur eine Wart weniger Mietszuschüsse aufzubringen hätte. Wenn beispielsweise irgend eine Unternehmungsorganisation dem Verlangen begegnen würde, in man eine Person, dessen Argument sich auf der anderen Seite über Uebertragungskosten, warum also Lohnershöhung? Dann könnten sie sich recht gut auf die Lippe des Herrn Stadtrat Weiß berufen.

Eine glückliche Entdeckung.

Meine Freundin wollte mit ihrem Mann eine längere Reise machen und hat mich, da Diebstahl in der Reisezeit jetzt an der Tagesordnung sind, in ihrer Wohnung nach dem Rechten zu sehen. Natürlich war ich riefra froh, auf diese Weise für längere Zeit nach Berlin zu kommen und konnte mit Freunden zu.

Als ich meine Freundin vor ihrer Abreise in Berlin sah, kumnte ich, wie frisch und blühend sie aussah. Sie erwiderte mir gar nicht so erholungs- und reizbedürftig. Früher, als ich noch in meiner Heimat wohnte, war ihr Gesicht lange nicht so jugendlich reizvoll wie jetzt. Ich konnte es nicht begreifen, wie sie in den Jahren, wo ich sie nicht gesehen hatte, jünger geworden sein konnte. Ich fragte, ob sie etwa ein Schönheitsmittel anwende? Sie verneinte!

Als meine Freundin und ihr Mann abgereist waren und ich in allen Zimmer Ordnung machte, interessierte ich mich natürlich besonders für die Toilettenzimmer. Was fand ich da? Ein Zöpfchen Karolan-Creme! Wo doch!

Ich suchte weiter und fand ein dazu gehörendes Büchlein über neue Schönheitspflege. Dieses Büchlein las ich und nun wurde mir mit einemmal klar, wo meine Freundin ihre Frische und ihr verjüngtes Aussehen her hatte. Was ich in dem Büchlein las, waren mir neue Dinge, zumal ich bisher allen angebotenen Schönheitsmitteln zweifelnd gegenüber stand.

Ich müßte keine Coasophier sein, wenn ich die Wirkung der Karolan-Creme nicht sofort an mir erprobt hätte. Ich war nicht wenig erregt über die sanfte Wirkung dieser wundervollen Creme. Tag für Tag freute ich mich vor dem Spie-gel, wie meine unreine Haut sich glättete und verschönte, wie meine Augen und Lippen zügel zueinander verschwanden.

Als meine Freundin von ihrer Reise zurückkam, waren

ihre ersten Worte: „Gimm, wie bist du schön geworden!“ Und ihr Mann sagte: „Tatsache, fällt mir direkt auf!“ Ich lächelte und sagte gar nicht. Aber meine Freundin schenkte mir von Stunde an so etwas wie Eiferhuld zu empfinden.

Wie froh und zufrieden bin ich, durch diese glückliche Entdeckung „Karolan-Creme“ kennengelernt zu haben. Jetzt möchte ich sie um keinen Preis mehr entbehren, nicht um alles in der Welt.

Da ich aber feinesinnig zu ersehnen bin wie meine liebe Freundin, teile ich allen Damen (auch der Herrenwelt, die ein hübsches jugendliches Aussehen haben möchte) meine Entdeckung mit, und wünsche, daß jeder dies einträgliche Mittel folgenlos probiert.

Schreibt alle an den Marjan-Vertrieb, Berlin, 284, Friedrichstraße 24. Gleich bekommt ihr eine Probe Karolan-Creme nebst hochinteressanten Büchlein über Schönheitspflege, jedes kostenlos und portofrei. Ich weiß, daß ihr mit im Stillen danken werdet.

Unterhaltung und Belehrung

Liebe kleine Limofoa

Fred Andersens Hüllensfahrt

Roman von Dietrich von Hanstein.

12

(Fortsetzung)

Überall Trümmer, Schweben des Todes! Er wankte von Schutthäufen zu Schutthäufen. Nirgends Lava, auch kein Brand. Nur alles tot und zerstört. Ein einsiger, furchtbarer Glutatem mühte zu derselben Sekunde vom Berge herabgepreßt sein, als das Erdbeben die Gebäude durcheinanderschüttelte. Ein Glutbauch, der das Glas schmolz und die Bretter veraschte.

Noch einige Tote lagen umher — wo waren die anderen? Vielleicht in den Wald geflohen? Fred stürzte zum Bach. Er war wieder voll Wasser, aber eine Dampfmoose lag über ihm. Hochendes Wasser erfüllte das Bett des Baches, so breit, daß kein Mensch hinüberkam, die Brücke aber war verschunden.

Obgleich ihm die Hitze verschmähten ließ, eilte er wieder zu den Trümmern, wühlte sinnlos in ihnen herum, rief, schrie, hoffte, daß aus Kellern Stimmen kommen würden. Nichts! Alles tot! Er spähte nach Lado Pinacles Leiche, aber auch diese war nicht da. Auf dem See kein Boot. Vielleicht waren sie geflohen und hatten ihn verlassen. Erst jetzt fiel ihm das kleine Dorf der Moquis-Indianer ein, die Hüften der Feger, das Boot der Mohave-Indianer mit dem Mädchen. Alles verschunden. Er überlegte. Von den Indianerhütten waren es mindestens zweihundert Schritt bis zu den Bergen gewesen, jetzt raufte das Wasser dicht an den Felsen. Der ganze Fluß, auf dem die Hütten gestanden, war mit in diesen See abgedrückt.

Wieder sank er nieder und schloß die Augen. Erhoffung ließ ihn schlafen. Dann wieder ein hartes Aufwachen, ein zielloses Rennen von Trümmer zu Trümmer.

Der Abend kam düster, und er war allein. Ganz mutterseelenallein in der Stätte des Todes. Die Pflanzungen waren verschunden wie die Gebäude. Er fühlte Hunger und brennenden Durst, schöpfte mit einem Scherben aus dem tosenden Bach, hielt ihn in den See zum Abkühlen und trank.

Schweißiges, trübes, widerliches Wasser, aber doch nicht so fahrig wie das des Sees. Dann blühte er wieder empor. Die feile Säule, der Finger der Teufelsaust, war sehr Meter hoch gewesen, jetzt war sie gewaltig angewachsen und starrte dreißig Meter hoch auf. Sie schien in den Rauchwolken zu atmen, die sie umspielten, jetzt aber machte sich ein Wind auf und brüllte die Wolke nieder. Gelb und grün umspielte sie den Berg. Dann ließ der Rauch nach, der Berg wurde klar. In den Strahlen der niedrig stehenden Sonne glänzte der schweißige Niefenfinger wie atehendes Gold.

Fred lauschte. Um diese Stunde pflegten die Stimmen des Waldes zu erwachen, aber alles blieb stumm. Nur ein leises, unirdisches Summen war in der Luft. Wie sollten Vögel flattern und kreischen, wenn alle tot waren. Tot wie die Menschen, deren Leichen er nicht einmal fand. Nur Mister Vnacle bedeckte er mit Trümmern; denn er hatte nichts, um ein Grab zu kaufen zu können. Die Nacht kam, und das Grauen packte ihn. Die stille, schweigende Nacht — und er allein an der Stätte des Todes, allein zwischen den schaurigen Trümmern, allein unter dem drohenden Teufelsfinger. Er schüttelte den Kopf. Warum war er noch hier? Warum nicht lieber fortgegangen, in der Richtung auf Fort Williams, die ihm der Barmer gestern angewiesen? Er war einfach nicht fähig, gewesen, zu denken, hatte planlos wie ein Zerter gehandelt. Aber morgen, sobald die Sonne erwachte, wollte er fort.

Alles war tot, auch das unterirdische Grollen verstummt, aber das verkehrte nur sein Entstehen. Sollte es nicht gestern auch so begonnen? Mit der furchtbaren Ruhe? Jedenfalls hatte sich irgend ein Ventil des Vulkans verstopft und nun sammelten sich die tödlichen Kräfte. Jeden Augenblick konnte ein neuer Ausbruch erfolgen. Jeden Augenblick wieder ein Giftkath, ein Feuerstrom zum See niederdrücken, und diesmal war er dann sicher verloren. Der Zufall des Kellers hatte ihn das eine Mal glückselig bewahrt.

Er hatte sich niedergeworfen, wo er stand, um zu schlafen. Jetzt trieb es ihn weiter. Fort! Aber in den Wald, der sich um den Fuß des Vulkans schmiegte? Zehntausend Schritte, als flüchte die Säule schief. Dunkel schwarz raute sie unbedrohend in die Nacht.

Fred irrte am Strande des Sees umher. Warum hatte er nicht verstanden, aus Balkentrümmern ein Floß zu bauen? Drüben jenseits des Sees, aing der Fluß nach Fort Williams. Da fiel sein fuchsender Blick auf etwas WeiBes. Am Ufer war eine Hütte, eine künstliche, ein felsamerweise nicht zerstörter Unterstand und darin schaukelte ein Boot. Fred hätte laut aufschreien mögen. Er kletterte hinein, durchschritt mit einem großen Glasplättchen den haltenden Strich und zerrte es mit Aufbietung aller Kräfte durch die Trümmer auf den freien Strand. Er durchsuchte das Boot. Es schien, als sei es gestern abend noch benutzt worden. Die Riemer lagen darin und eine Anzahl Früchte. Eine große Bananentraube und eine reife Banane. Auch ein kleines Beil lag im Kahn. Hierab Fred eine der Bananen, da hörte er wieder ein dumpfes Rollen und Brummen. Er fühlte den Boden schwanken. Am den Bergabwärts war lobernde, kimmernde Glut. Er sprang in das Boot und ergriß die Ruder. Eine Welle wälzte auf und hob ihn empor. Er legte sich mit der Kraft der Verzweiflung in die Ruder, um vom Strande fortzukommen. Ein gewaltiger Donner erdröhnte. Glutrot hob sich eine Feuerarke aus dem Vulkan. Der Niefenfinger bewachte sich, er schien zu winkeln. Das ganze Ufer hob sich und schwankte wie ein wackendes Meer, eine Flutwelle häumte sich auf, und der See erbebt. Er fühlte sich gehoben und wie unter dem Fittich eines Sturmes raste der Kahn der Mitte des Sees zu. Er fiel von der Bank, krallte sich fest, lag am Boden des Schiffes, während Wasserflut auf ihn sprühte und haushohle Wellen sich wärmten. Die Luft wurde dunkel. Wie gestern das abrennerische Krachen, das Pfeifen und Gellen von hundert Sirenen. Dann wieder ein knackerndes Schloß in das Wasser, es wurde stockdunkel Nacht. Rache, Staub und Wasser wirbelten um ihn, ein Stein traf seinen Kopf und beinungslos schloß er die Augen.

Als er wieder erwachte, brannte sein Kopf. Er fühlte gewonnenes Blut an der Stirn und war totelend. Seine Hand tastete nach den Bananen, da fühlte er erst, daß der Kahn zur Hälfte voll Wasser war. Nach seine Früchte waren im Wasser, aber er merkte es kaum. War sein Gefühl schon so abgestumpft?

Nein, das Wasser war lauwarm und angenehm. Er sah im Kahn und verzehrte die letzte Banane. Der fäuerliche Saft kühlte den brennenden Durst und mit dem kleinen Beil schälte er sie ab. Teilnahmslos sah er zum Ufer hinüber. Der Kahn fuhr, fuhr soat ziemlich schnell, als triebe er auf der Strömung eines Flusses und doch war der See immer ganz still gewesen. Er ruderte auch nicht — fessam! Er war zu matt, um nachzubenten. Sollte er Wasser schöpfen? Es stürzte ihn ja nicht. Es war ja so gleichgültig. So furchtbar gleichgültig alles. Ob er im Wasser sah oder nicht, die Hauptsache war, daß sein Durst gestillt war und daß der Kahn so hübsch sanft und mühselos dahinglitt. Er war ja so müde, so grenzenlos müde. Und nun war ja alles gut. Er hatte ja nur geträumt! Das alles! Seinen Schiffsbruch, jetzt das Erdbeben — alles, alles. Er sah noch in seinem Kahn und fuhr den Green River entlang. So ruhig, so schön. Schlafen, nur schlafen!

Wie er die Augen abermals öffnete, ging zur Linken über den Waldbergen die Sonne auf. Er war kräftiger, klarer, und konnte wieder ersprechen. Er sah den Devils Fitt. Er war vollkommen ruhig, und aus seinem Krater, der viel höher schien als gestern, ragte in der Mitte wieder der hohe, taugliche, rötlich glühende Teufelsfinger. Rauch umspielte ihn, auch dieser keine Schleiher wesen Dampfes ward von der jungen Sonne tödlich bestrahlt und er schien wie ein zarter Epithelschleier. Vom Berge herab ging die schwarze Gasse. Er zuckte zusammen. Unglaublich, er war doch gefahren, die ganze Nacht auf einem Hügel gefahren, und wenn hier die schwarze Gasse war, dann mußte er doch noch in der nächsten Nähe der zerstörten Farm sein? Jetzt standen die furchtbarsten Ereignisse des gestrigen Tages wieder klar vor seinen Augen. Aber nein! Die Farm lag am See und ein flacker Sandstrand führte hinab. Auf diesen hatte er doch den Kahn gezogen, und hier stürzte ein hohes Steilufer schroff in den See. War der ganze Strand abgedrückt? Unmöglich, er war ganz wo anders. Er war ja auf einem Fluß. Drüben war ja das andere Ufer. Ein Wahnsinn! Ein Fluß, der in dem See begann und dann zwischen Ufern dahinströmte? Oder eine schmale Enge im See? Und was war das für ein merkwürdiger Fluß? Auf der Wasserseite, also in der Mitte des Stromes, war stänbig „in Wirbel“. Es wäre selbstverständlich gewesen, daß Freds Kahn in diesen Wirbel hineingesogen wurde, aber das geschah nicht. Im Gegenteil, das Boot fuhr immer in derselben Richtung vom Ufer, aber dieses Ufer war wieder höher geworden und die schmerzliche Fahrt wurde schneller.

Was war das für eine merkwürdige Küste? Hatte hier ein Springflut gewüthet? Sie sah zerissen und unterwühlt aus. Fast wie bloßgelegte Korallenriffe.

(Fortsetzung folgt.)

Georg Brandes

Georg Brandes, der vor kurzem seinen fünfundsiebzigsten Geburtstag in seiner Heimatstadt Kopenhagen feierte, war gewissermaßen die geistige Umwälzung aller wesentlichen literarischen Strömungen seiner Zeit. Daß diese Zeit so ungenügend lang bemessen war, gibt seinem Lebenswerk eine Fülle der Perspektiven, wie sie nur wenigen Begabten zuteil wurde. Als dieser Mann vor zwei Jahren in Berlin vor seiner großen Gemeinde aus seinem Leben plauderte, da wurden längst Verloren, die den meisten Anwesenden nur aus der Ueberlieferung bekannt waren, so lebendig, wie sie den Vortragenden noch in der Erinnerung darstellten. Er hatte das Antreten Ferdinand Lassalles und Distaels, Laines und Wolffes miterlebt und diesen Zeitgenossen, aufschauliche Darstellungen gewidmet. Heimlich sein stark als Brandes vernehmbar, aber er schreibt über ihn und Börne so, daß das Gefühl zeitlicher Allianz aufgehoben erscheint. Ueber Jota und Dostojewski verfaßte er verdienstvolle Abhandlungen zu einer Zeit, wo Deutschland im Dunste der Familienblattliteratur erstickte. Sein Hauptwerk „Die Hauptströmungen der Literatur im neunzehnten Jahrhundert“ machte ihn zum Führer der jungen Generation. Im Gegensatz zu der pedantischen Darstellungsweise der üblichen Fachhistorie schrieb er in einem lebendigen und anmutigen Stil, den die Kunstgenossen als Feuilletonisten tabelten. Am bedeutendsten ist das, was er über die deutsche Romantik bis zu Goethe zu sagen hatte. Ganz neuartig war seine eingehende Analyse der Dichtung und speziell der heimeichen Liebelirik.

Nach Paris und Petersburg, nach Rom und Wien, ja, bis nach Teheran und dem fernen Osten reichen seine geistigen Beziehungen. Er hat zu den wichtigsten Zeitfragen Stellung genommen. So schrieb er „Das Verdrehen Englands und Russlands an Persien“ und über den Friedensvertrag von Versailles in „Der Tag und die zweite Teil“. Sein freibewusstes Temperament ließ ihn alle Zwedmäßigkeiten vergessen und stellte ihn stets auf die Seite der Unterdrückten. In den Ideen der bürgerlichen Liberalismus aufgewachsen, hatte er doch ein feines Gefühl für alles Neue, das sich irrendem vorbereitete. Kein Sozialist, wurde er doch von Schwünge der sozialen Idee mitgerissen. Genio war er der Erste, der Niesisches Bedeutung erkannt hatte und Europa auf dieses Genie aufmerksam machte.

Aehnliche geistige Tüden, wie mit seinem Jahrhundert, verbunden ihn mit der Vergangenheit. So verfaßte er ausgezeichnete Biographien über Shakespeare, Goethe, Talleyrand, Michelangelo, Cäsar, in denen sein großes Wissen ebenso bemerkenswert ist wie seine lebendige Schilderung. Vielleicht ist kein Standpunkt so ästhetisch; vielleicht würdigt er zu wenig die ökonomische Struktur der früheren Epochen, aber das sind Mängel der zeitbedingten bürgerlichen Ideologie und weniger der Person. Noch zuletzt führte ihn seine erstaunliche Arbeitskraft auf ein neues Gebiet, auf das der Bibelkritik, dem die voluminösen Schriften „Die Jesus-Sage“, „Paulus“ und „Das Antichristentum“ ihren Ursprung verdanken. Es ist bezeichnend, daß dieser freie Geist seinen Mitarbeitern in Dänemark bis vor kurzem recht unbehagen war. Dagegen muß hervorgehoben werden, daß auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion seine Hüfte aus Anlaß seines fünfundsiebzigsten Geburtstages im Rathhaus zu Kopenhagen aufgestellt worden ist. Paul Gutmann.

Erbrechtsfragen

Wenige Vorgänge des Lebens tragen in Familien aller Kreise so viel Zwischenfall wie die Erbschaftsfragen. Teilweise sind es die gesetzlichen Bestimmungen selbst, die Unzufriedenheit schaffen, nicht selten gibt aber auch die Unterordnung der geltenden Bestimmungen Anlaß zu Unzulagen, dann als unerlaubt, als Uebergriffe ersehnen. Wäre jeder Mensch, der eine Erbschaft zu hinterlassen hat oder als Erbe teil an ihr hat, mit den Rechtsfragen besser vertraut, so würde in vielen Fällen ein unerfreulicher Familienstreit vermieden, im anderen Fällen rechtzeitig vor dem Tode eine zweckmäßige Verfügung getroffen werden. Das Bürgerliche Gesetzbuch behandelt die Fragen des Erbes in den §§ 1922 bis 2341. Viele von diesen sehr zahlreichen Bestimmungen regeln freilich verwickelte Verhältnisse, die nur selten eintreten, allein es bleibt immer noch allerlei übrig, das in fast jedes Menschen Leben einmal eine Rolle spielt, und das man deshalb kennen lernen sollte.

Auf die Frage „Wer kann überhaupt Erbe sein?“ antwortet das Gesetz: „Wer zur Zeit des Todes lebt.“ Daneben kann aber auch erben, wer zur Zeit des Todes des Erblassers noch nicht lebt, aber schon gesesselt war, also auch ein erst nach dem Tode des Erblassers geborenes Kind. Die Größe des Erbteils richtet sich nach dem Grade der Verwandtschaft des Erben mit dem Erblasser. Als Erben erster Ordnung gelten die direkten Abstammigen, also Kinder, Enkel usw., Erben zweiter Ordnung sind die Eltern und ihre Abstammigen, d. h. die Geschwister des Erblassers und deren Kinder. Geschwister Erben dritter Ordnung sind die Großeltern und ihre Nachkommen, Erben vierter Ordnung sind die Urahnen und ihre Abstammigen. Man sieht, daß schon recht entfernte Verwandte zur Erbschaft berufen sein können, und gerade bei diesem Punkte berufen schon seit langer Zeit Erbtreuhänder für eine Veränderung dieses im weitgehenden Erbes, die darauf hinzielen, nur den nächsten Verwandten ein Erbsrecht auszuweisen und dort, wo solche nahen Verwandten nicht vorhanden sind, den Staat als Erben eintreten zu lassen. Das würde der Kapitalansammlung in einzelnen Händen oder Familien ein wenig entgegenwirken. Bisher hat man lediglich eine weitergehende Besteuerung der entfernteren Verwandten erteilt. Man muß, das Unabweisliche dieser weitgehenden Bestimmungen einzusehen, sich einmal ausrechnen, wer ungenügend etwa als Nachkommen unserer Urahnen Erbschaft erbt, wenn keine näheren Verwandten vorhanden sind.

Als Erben erster Ordnung kommen also die Kinder in Betracht oder, falls diese vor dem Eltern sterben, die Kinder der Kinder. Dann erben die Kinder eines Kindes zusammen soviel, wie sonst das Kind allein geerbt haben würde. Das mag ein Beispiel erläutern: Der Witwer Schröder stirbt und hinterläßt 3000 M. Von seinen Kindern ist der älteste Sohn schon tot, während zwei andere Kinder noch am Leben sind. Der tote Sohn jedoch hat selbst vier Kinder hinterlassen. Dann fallen je tausend Mark auf die beiden lebenden Kinder des Herrn Schröder 1000 M auf die vier Kinder, jedoch jeder Enkel 250 M erhält. In ähnlicher Weise wird das auch für die zweite, dritte und vierte Ordnung hergeleitet. Wenn ein Ehegatte den anderen überlebt und Kinder vorhanden sind, so erbt der überlebende Ehegatte ein Viertel und drei Viertel werden entsprechend unter die Kinder verteilt. Sind keine Kinder vorhanden, sondern nur Verwandte der zweiten oder einer noch späteren Ordnung, dann erbt der überlebende Ehegatte die Hälfte. Sind weder Verwandte erster, noch zweiter Ordnung, noch Großeltern vorhanden, so fällt die ganze Erbschaft an den überlebenden Ehegatten; er erbt also vor den entfernteren Verwandten. Weiter gilt noch die Bestimmung, daß dem überlebenden Ehegatten, wenn er neben Verwandten zweiter Ordnung oder Großeltern erbt, auch die zum Haushalt gehörenden Gegenstände zufallen, soweit sie nicht Zubehör eines Grundstücks sind, ferner auch die Gesellschaftsanteile.

Natürlich gelten alle diese Bestimmungen nur dann, wenn kein Testament anders bestimmt. Ist kein Testament vorhanden, so erbt der überlebende Ehegatte ein Viertel der Erbschaft, dem der Erblasser bei seinem Tode angehört, als Erbe ein Kind, Eltern und Ehegatten haben, wenn sie durch Testament von der Erbschaft ausgeschlossen werden, Anrecht auf einen Viertel, der die Hälfte des verstorbenen Erbes beträgt. Ueberläßt ein Erbe auch das Recht, eine Erbschaft innerhalb von sechs Wochen abzulehnen. Das dürfte eine Sache sein, wenn man die Erbschaft vererblich machen, z. B. Studien, übernehmen werden sollen. Da man eine Erbschaft einmal ausgesprochen, so kann man das nicht widerrufen. Dann kommt der Nachbegerichte als Erbe an die Reihe. Die Annahme oder Ablehnung einer Erbschaft kann nur rückwärts gemacht werden, wenn man seine ursprüngliche Entscheidung aus einem berechtigten Grunde anfechten kann. Henri Lehmann.

Theater und Musik

Kammermusikabend Hermann Diener. Seinen Kammermusikabend-Programm hat Diener verschiedene Tansmusiken, wie sie in den letzten vier Jahrhunderten Mode waren, zu Grunde gelegt. Es ist auch Bachs Chaconne in die Vorträgefolge aufgenommen. Nun wird aber immer mehr bemerkt, ob die Chaconne früher ein Tanzstück war. Es findet sich in unzähligen Tänzen Couperins nicht eine Chaconne. Herr Diener hat die Chaconne meisterlich gespielt. Er hat eine eigene Auffassung dabei angesetzt, die von der landläufigen etwas abweicht. Er nimmt die Temp der einzelnen „Fingertänze“ etwas frei, nicht daß das ein Fehler ist. Herr Diener hat einen selten metallischen Ton aus seinem prächtigen Instrument herausgeholt, der bei der guten Musik, die der Künstler aufweist, eine wohlklingende Refonanz hat. Bei Tartini vermag wohl die Stimmung des Instruments. Unter die alten Meister hat sich auch ein Junger verloren, der Heibelberger Wilhelm Mäler spielte mit einer Sarabande auf. Wenn die Courante und Gigue, die eine Sarabande einschließen, von der gleichen Ebenmäßigkeit und klaren melodischen Orientierung sind, wie das Mittelstück, das man zu hören bekam, so verpörricht Mäler ein verheißungsvoller Sammelwerk zu werden. Die Begegnung des Orchesters und der Pianistin Minnie Mölsinger verdienen eine gute sachliche Einstufung. St.

Sachliche Landesheiter. Das Lustspiel „Der aufstrebende Frad“ von Gabriel Dreßler, dessen diebische Erfindung am heutigen Donnerstag unter der Spielleitung Ulrichs von der Tendt stattfand, gehört zu den Stücken, die nicht wie die meisten andern seiner Gattung nach kurzem Bühnenleben der Vergessenheit anheimfallen, sondern sich labrallam bis auf den heutigen Tag im Spielplan der deutschen Theater zu halten vermögen und gelegentlich immer wieder neuentdeckt werden. Die Erklärung hierfür liegt fraglos in der Aktualität des ersten Lustspielstoffs von dem „aufstrebenden Frad“, der seinem schlauen Träger bei Ermannung sonstiger Reichthümer die vollkommen ausreichende Regimierung für die allmähliche gesellschaftliche und politische Karriere verschafft. Paul Gutmann.

Generalversammlung des Sozialdemokr. Vereins

Einen überaus zahlreichen Besuch wies die gestrige Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins auf. Der Vorsitzende, Friedrichshof, war gut besucht, ein Beweis des regen Interesses, das die Genossen und Genossinnen dem Parteileben entgegenbringen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende, Gen. Kobbach, der verstorbenen Mitglieder, die in üblicher Weise geehrt wurden. Alsdann erstattete er den Geschäftsbericht.

Möge er zunächst hervorheben, daß die Aufgaben der Partei immer vielfältiger werden. Besonders erfreulich nannte er die Mitgliederbewegung, denn trotz der Wirtschaftskrisis steigerte sich die Mitgliederzahl um 260. Die Arbeiten der Partei wurden erleichtert in 15 Vorstandssitzungen, 14 öffentlichen und Hauptversammlungen, 2 Vertrauensmännerversammlungen, 2 Versammlungen mit anderen Organisationen usw. Daneben fand eine Reihe von Bezirksversammlungen statt, sowie Versammlungen der Werksgruppen, außerdem eine Revolutionsfeier, der Empfang der englischen Bergarbeiter-Sänger und nicht zu vergessen ist die Wahlarbeit zum Volksbegehren, zum Volksentscheid und zu den Gemeindevahlen. Der Berichterstatter wünscht, daß die Mitarbeiter dieses Jahr eine viel stärkere Beteiligung aufweisen müßten wie bisher und daß die Partei selbst auf eine höhere Kulturstufe geteilt und ihr einen feierlicheren Charakter beigegeben werden müßte gegenüber anderen Jahren. Der Volksentscheid hat uns hier einen ansehnlichen Erfolg gebracht, während das Ergebnis der Bürgerauswahl nicht befriedigend. Eine so schlechte Wahlbeteiligung und ein derartiges Herabfallen der Stimmen, wie wir es bei der Gemeindevahl erleben mußten, hat niemand erwartet. Es muß eine gewaltige Erziehungsaufgabe gestellt werden, um das Interesse an der Gemeindevahl zu erhöhen. Die Mitarbeiter war manigfaltig, besonders die bei den Arbeiterjugend (S.M.J., sowie Sportvereinen usw.) die gute Mitarbeit geleistet. Zu berücksichtigen ist, daß sich die Parteiarbeit bestärkt und das Parteileben sich verbessert hat. Viele unserer Mitglieder leisten Parteiarbeit in anderen Organisationen, in Gewerkschaften, Sportvereinen, Gewerkschaften usw., also außerhalb des Parteibereichs. Die mit diesen Vereinen aufgestellten Richtlinien lassen auf eine erfolgreiche Zukunft hoffen. Der Vorstand habe getan, was in seinen Kräften stand.

Mit dem Dank an alle Mitglieder für die Mitarbeit, besonders auch derjenigen im Vorstand, sowie mit dem Wunsch auf weitere erfolgreiche Arbeit, schloß der Berichterstatter seinen Bericht, der mit großem Beifall belohnt wurde.

Die Einzelberichte

Den Kassenbericht gab der Kassierer Gen. Lang. Er berichtete sowohl über die Hauptkassa, sowie über das Abrechnungsergebnis bei der Gemeindevahl. Letzteres weist leider ein Defizit auf, während der Stand der Hauptkassa etwas erfreulicher ist. Die Mitgliederbewegung weist eine Steigerung von 260 auf. So steht also der von der SPD. gezielte „Kriegsgang“ der SPD. aus! Der Zugang allein ist um ein Vielfaches höher als die SPD. in Karlsruhe überhaup! Mitglieder hat. Wie der Kassierer weiterhin berichtet, war der Marxenumsatz ein guter. Sowohl der Mitgliederstand als auch die finanziellen Verhältnisse haben einen Aufschwung erfahren, der auch dieses Jahr bisher angehalten hat. (Mitteltier Beifall.)

Ueber die Arbeiten des Bildungsausschusses berichtete Gen. Jung. Die Bildungsvereine in den Bezirken haben im vergangenen Jahre der Friedensidee gegolten, jedoch war der Besuch der Vorträge nicht befriedigend. Außerdem fand ein Beethovenabend statt, der nicht nur gut besucht war, sondern auch einen ausgezeichneten Verlauf nahm. Den mitwirkenden Künstlern sei für ihre uneigennütige Mitarbeit herzlich gedankt. Als Mangel bezeichnete Redner, daß in Karlsruhe im Bildungswesen die Konzentration fehlt, nämlich die Bildung eines sozialistischen Kulturkreises. Mit einem Ausblick auf die Zukunft schloß Gen. Jung seinen Bericht aufnehmend ab.

Den Bericht der Prekominmission erstattete Gen. Schulenburg. Die Prekominmission bewältigte ihre Arbeit in vier Sitzungen. Beschwerden über die taktische Haltung sind nur eine ein und zwar des Inhalts, daß der „Volksfreund“ den Kampf zu viel nach links führe. Die Prekominmission konnte sich der Beschwerde nicht anschließen, insbesondere wenn man den Kampf der „Arbeiter-Zeitung“ gegen die SPD. betrachtet. Der Jugendbewegung und der Sportbewegung sollte in Zukunft je eine gesonderte Befolge gewidmet werden. Als Mangel ist die Herausgabe der Vereinsblätter zu verzeichnen, da dies dem Inseratengeschäft des „V.“ Schaden zufügt, außerdem muß bemängelt werden, daß viele Vereine ihre Druckarbeiten anderen Druckereien und nicht dem „Volksfreund“-Unternehmen zuweisen. Für die Matitation des „V.“ hat die Prekominmission ein Flugblatt herausgegeben, das leider nicht von allen Gewerkschaften zur Verteilung kam. (Zurufe: Oho!) Am Schluß behandelte der Berichterstatter noch interne Angelegenheiten und erklärte, daß die Prekominmissionsmitglieder ihre Ämter niederlegen.

Ueber die Tätigkeit der Arbeiterwohlfahrt berichtete Gen. Fischer. Trotz der knappen Mittel leistete die Arbeiterwohlfahrt umfangreiche Arbeit, wie Pflege in Krankheitsfällen, Kassen usw. Neu aufgenommen wurde die Familienfürsorge und wir hoffen, daß wir dieses Gebiet noch weiter ausdehnen können. In der Erholungsfürsorge haben wir während den großen Ferien 160 Kinder betreut und zwar den ganzen Tag. Der Platz- und Raummangel stand einer weiteren Tätigkeit hindernd im Wege. Der Arbeiterjugend ist für Heberlassung ihres Bettes zu danken. Bei Verteilung der Mittel durch Staat und Kommune werden die konfessionellen Organisationen bevorzugt, wir verlangen, daß wir ebenso berücksichtigt werden. Mit dem Wunsch, daß die Arbeiterwohlfahrt die nötige Unterstützung erhalte, schloß die Berichterstatterin ihre Ausführungen, die mit großem Beifall belohnt wurden.

Recht große Erfolge hat die Frauenbewegung zu verzeichnen, über die Genossin Müller berichtete. Die Werksarbeit war rege, auch die Organisationsarbeit. Neben diversen Versammlungen wurden auch Rednerkurse abgehalten. Letzter wird der Frauenbewegung immer noch nicht die gebührende Bedeutung beigelegt und die entsprechende Unterstützung erteilt. Auch dieser Bericht fand allseits Beifall.

Gen. Wöhner informierte die Versammlung über den Stand der Buchhandlung. Die Entwicklung war eine gute, der Umsatz hat sich gesteigert. Alle Kreise müssen mitwirken am Ausbau der Buchhandlung und ihren Bedarf bei ihr tätigen.

Einen Ueberblick über die Tätigkeit der Arbeiterjugend gab Jugendgenossin Bed. Sie führte lebhaft Klage darüber, daß so viele Genossen ihre Kinder in gewerkschaftlichen Schulen schicken. Eine rege Jugendarbeit hat im vergangenen Jahre stattgefunden. Neben der geistigen Ausbildung wurde auch die Körperpflege nicht vergessen. Allen Mitarbeitern gilt der beste Dank. Das Waldheim ist immer gut frequentiert, besonders auch von der Kindergruppe. Mit einem warmen Appell zur Unterstützung der S.M.J. schloß Genossin Bed. unter lebhaftem Beifall der Versammlung ihren Bericht.

Gen. Krause gab den Bericht von den Jungsozialisten. Verschiedene Vorträge und Kurse wurden abgehalten, das Verhältnis zwischen Partei und Jungsozialisten ist ein gutes. Auch dieser kurze Bericht fand beifällige Aufnahme.

Ein Antrag, die Angelegenheit der Prekominmission und „Volksfreund“ in einer der nächsten Versammlungen zu behandeln und die Wahl der Prekominmission gleichfalls zu vertragen, fand Annahme.

Im Auftrage der Redatoren konstatierte Gen. Zeeb eine tadellose Kassenführung und beantragte Entlastung des Kassierers.

Die Distiktion

Als erster Redner sprach Gen. Kunnig. Er nimmt hauptsächlich zu organisatorischen Fragen und zur Kandidatenaufstellung Stellung, wobei er die Beziehungen zwischen Gewerkschaftsführern und Partei insbesondere erwähnte. Zum Schluß freiste Redner noch das Einfließen der Partei.

Gen. Seig kommt auf die schlechte Wahlbeteiligung der Arbeiterlosen bei der Gemeindevahl zu sprechen und führt diesen Umstand auf die verzweifelte Lage der Erwerbslosen zurück. Was der Reichstag bewilligt, werde von der hiesigen Fürsorge wieder abgezogen, wie die Einstellung der ergänzenden Erwerbslosenfürsorge beweise. Derartige Maßnahmen fordern zum Protest heraus.

Gen. Schred bemerkt, der Geschäftsbericht des Vorstehenden sei zu knapp gewesen. Es müsse unbedingt eine Fahnendeputation in den Bezirken geschickt werden. Alle Kinder von Parteigenossen sollen an der Maidemonstration teilnehmen. Die Zahl der Frauen innerhalb der Partei sei zu gering. Das Parteisekretariat solle auch sich um das Stablinnere kümmern. Wie brauchen die Gewerkschaften, aber sie sollen mit in unseren Reihen marschieren.

Gen. Schulenburg wendet sich gegen Gen. Kunnig und stellt fest, daß es unmöglich ist, daß der Metallarbeiterverband Anspruch auf ein Stadtratsmandat erhoben habe. Er, Schulenburg, sei in der zuständigen Bezirksversammlung der Partei als Kandidat nominiert worden. Weiter ist es unzulässig, daß die Ortsverwaltung des D.M.V. einen seiner Angestellten verboten habe, ein Mandat auszusüßen. Wenn die Gewerkschaften eine Vertretung im Parteivorstand verlangen, so deshalb, weil sie wünschen, daß die Zusammenarbeit zwischen Partei und Gewerkschaften eine innigere werde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion weist Gen. Schwerdt einige Bemerkungen des Gen. Seig über die Haltung der Fraktion in der Erwerbslosenfrage zurück. Auch heute werden noch an Erwerbslose ergebende Unterstützung bezahlt. Zu bedenken ist auch, daß weder die Stabtrale noch die Bürgerauswahlfraktion auf dem Rathaus die Mehrheit hat. Aber beide haben ihre Schuldbiligkeit gelassen.

Gen. Lang gibt in seinem Schlusswort Aufklärung über einige in der Distiktion behandelte Fragen betreffend die Einkassierung. Es ist jetzt wieder das System der Bestreuerkassierung durchgeführt; der Antrag, einen Kassier anzustellen, sollte abgelehnt oder dem Vorstand als Material übergeben werden.

Gen. Kobbach stellt fest, daß eine Fahnendeputation besteht; aber auch die einzelnen Bezirke können solche Deputationen wählen. Dann bespricht Redner die einzelnen Anträge.

Es folgt hierauf die Abstimmung über die Anträge. Dem Kassier wird Entlastung erteilt. Die Anträge des Gen. Kunnig werden dem Vorstand als Material übergeben, es

betreffen dies die Frage der Aufstellung der Kandidatenlisten und der Besetzung der Ehrenämter in der Partei, die Frage der Erhebung von Differenzen bei Behandlung gewerkschaftlicher Fragen, und der Anstellung eines Parteikassiers. Der Antrag, die Vertrauensmänner periodisch bei wichtigen politischen Vorkommnissen zusammenzuberufen, wurde angenommen; ebenso die Anträge betreffend Fahnendeputation bei Beerdigungen. Der Antrag der Arbeiterjugend, im Vorstis Sitz und Stimme zu erhalten, wird angenommen.

Es folgt die

Neuwahl des Vorstandes.

Da mehrere Vorschläge eingegangen sind, wird geheime Wahl vorgenommen. Bei der Wahl des ersten Vorstehenden erhielt keiner der Vorgesetzten drei Genossen die im Organisationsstatut vorgeschriebene absolute Mehrheit, weshalb eine Stichwahl zwischen den Genossen Kobbach und Zeeb, die die meisten Stimmen erhalten hatten, nötig wird. Im zweiten Wahlgang wird darauf Genosse Kobbach mit großer Mehrheit gewählt. Genosse Kobbach dankte mit herzlichem Worten für das ihm wiederum besagte Vertrauen. Zum zweiten Vorstehenden wird Herr Affenrath Gen. Jung gewählt; zu Schriftführern die Genossen Heipeler und Deibel, zu Beisitzern die Genossen Fischer und die Genossen Börmann und Niech, ebenso werden die Kassierentoren Gen. Zeeb, Krebs und Börie. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht; Gen. Kobbach schloß sie mit Dankesworten.

Gemeindepolitik

Wien. Der Wiener sozialdemokratische Gemeinderat hat beschlossen, in den Wiener Betrieben sogenannte „Mutillien“ einzuführen. Das sind Arbeiter, die sich im Falle einer diesbezüglichen Gefahr freiwillig bereit erklären, sich für Genossen zur Bluttransfusion zur Verfügung zu stellen. Die Freiwilligen werden auf ihre Eignung geprüft und in die verschiedenen Blutgruppen eingeteilt. Eine Liste von diesen Blutspendern liegt im Rathaus auf und im Gefahrfalle braucht der Arzt nur die betreffende Blutgruppe, die zur Liebertragung gebraucht wird, auf dem Rathaus anfordern, von wo aus dann ein Arbeiter aus den Betrieben angefordert wird, der bereit ist, seinen Kollegen mit dem eigenen Blute zu helfen. Diese Einführung wird sich besonders bei Unglücksfällen, wo die Verblutungsgefahr oft groß ist und rasche Hilfe not tut, segensreich erweisen. Das Band der Zusammengehörigkeit wird durch diesen Akt wahrster Menschenliebe nur vertieft und verinnerlicht.

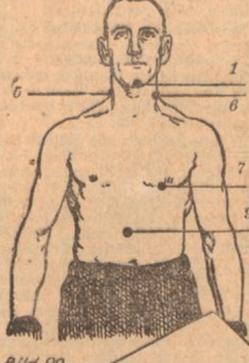
Veranstaltungen des heutigen Tages

Bad. Landestheater: „Der gut stehende Bräutigam“, 7.30 u. 9.10 Uhr.
Konzertsaal: Tanzabend Wini Laine. Abends 8 Uhr.
Colosseum: Gasspiel des Berliner Apollo-Theaters: Die bunte Tüte. Abends 8 Uhr.
Reifens-Spielplatz: „Den Dur“, 8, 5, 7, 9 Uhr.
Palast-Spielplatz: Waidenhandball. „Er“ ist nun mal so. Kund um die emige Stadt.
Kammer-Spielplatz: Bunter Reiz als Combon. — Dix und Bar als Konjunktur. — Die Seele der Pflanzen.

Ständehausauszüge der Stadt Karlsruhe

Lobesfälle. Adam Kollenbach, Holzschneider, Gemann, alt 67 Jahre. — Theodor Dilzer, Kaufmann, Gemann, alt 64 Jahre. Jakob Futterer, Reichenswärdler a. D., Witwer, alt 72 Jahre. Emilie Dürr, alt 75 Jahre. Witwe von Karl Dürr, Schlossermeister. Adria Scherer, alt 38 Jahre, Ehefrau von Karl Scherer, Postkassier. Elisabeth Wille, alt 49 Jahre, Ehefrau von Hermann Wille, Feiser.

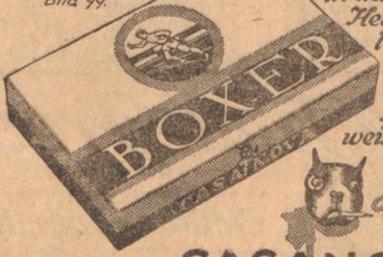
Im Kampfhofe des Stadions



misst die sportfreundige Jugend fast jeder grossen deutschen Stadt heute ihre Kräfte. Und nach erledigtem Training dient eine

CASANOVA BOXER

zu 4 8 den Sportsleuten gewissermassen als selbstgewählter Kampfpfeil und neuer Ansporn zu sportlichem Tun. Mit Recht! Denn jeder Raucher einer „Boxer“ hat in ihr eine Freundin und Helferin zu hohen Zielen, enthält doch jede 25 Stck.-Packung in systematischer Folge Bild und Anweisung zu kraftstählender Körperübung.



CASANOVA BOXER 4 8

extra mild und gut.

